

## VI.50

20./21. Jahrhundert

# Hitlers Aufstieg zur Macht – Der 30. Januar 1933 und die Folgen

Manuel Köhler



© RAABE 2022

© picture alliance/ulstein bild/Heinrich Hoffmann

Am 30. Januar 1933 ernannte Reichspräsident Paul von Hindenburg Adolf Hitler zum deutschen Reichskanzler. Unmittelbar nach dessen Machtantritt begann die Zerstörung der Demokratie. Mit dem Ermächtigungsgesetz im März 1933 wurde das Parlament entmachtet. Die Schülerinnen und Schüler erarbeiten in dieser Unterrichtseinheit, wie Hitler aufgrund instabiler politischer und wirtschaftlicher Verhältnisse Reichskanzler wurde, und mit welchen Mitteln es ihm gelang, eine Diktatur zu installieren.

### KOMPETENZPROFIL

<b>Klassenstufe:</b>	8
<b>Dauer:</b>	6 Unterrichtsstunden
<b>Kompetenzen:</b>	Hitlers Aufstieg zeitlich einordnen; den Aufbau des Staates in der Weimarer Republik kennen; die Ursachen für die politische Instabilität verstehen; die Konsequenzen aus dem Reichstagsbrand erläutern; Maßnahmen zur Errichtung einer Diktatur in ausgewählten politischen und gesellschaftlichen Bereichen erfassen; Alternativen zu Hitlers Machtergreifung erarbeiten
<b>Thematische Bereiche:</b>	Weimarer Republik, Nationalsozialismus, Machtübernahme, Ermächtigungsgesetz
<b>Medien:</b>	Bilder, Texte, Grafiken



## Auf einen Blick

### Warum wurde Hitler am 30. Januar 1933 Reichskanzler?

1./2. Stunde

- M 1 30. Januar 1933: Hitler wird Reichskanzler  
 M 2 Hitlers politischer Aufstieg – Zeitleiste  
 M 3 Der Aufbau des Staates in der Weimarer Republik  
 M 4 Warum gab es in der Weimarer Republik keine stabilen Regierungen?

**Kompetenzen:** Die Schülerinnen und Schüler erarbeiten die wichtigsten Hintergründe zu Hitlers Machtergreifung und verstehen den Staatsaufbau in der Weimarer Republik.

### Wie schaffte Hitler im März 1933 die Demokratie ab?

3./4. Stunde

- M 5 Wie schaltete Hitler seine politischen Gegner aus?  
 M 6 Wie schränkte Hitler die Rechte aller Deutschen ein?  
 M 7 Errichtung einer Diktatur: Die Konzentrationslager  
 M 8 Errichtung einer Diktatur: Das Berufsbeamtengesetz  
 M 9 Errichtung einer Diktatur: Das Verbot anderer Parteien  
 M 10 Errichtung einer Diktatur: Das Ende der Pressefreiheit  
 M 11 Errichtung einer Diktatur: Die Gleichschaltung  
 M 12 Errichtung einer Diktatur: Zusammenlegung von Ämtern

**Kompetenzen:** Die Lernenden setzen sich mit der Reichstagsbrandverordnung und dem Ermächtigungsgesetz auseinander und analysieren in einer Gruppenarbeit, mit welchen Mitteln Hitler eine Diktatur errichtete.

### Wer hätte man die Demokratie in der Weimarer Republik schützen können?

5./6. Stunde

- M 13 Hätte man Hitlers Machtergreifung verhindern können?  
 M 14 Wie wird unsere Demokratie heute geschützt?

**Kompetenzen:** Die Schülerinnen und Schüler beleuchten, wie Hitlers Machtergreifung hätte verhindert werden können, und erarbeiten, inwiefern das Grundgesetz die Demokratie schützt.



### Lernerfolgskontrolle/Glossar

- M 15 Hitlers Machtergreifung – Ein Gitterrätsel  
 M 16 Von A bis Z – Das Wichtigste auf einen Blick



## M 3

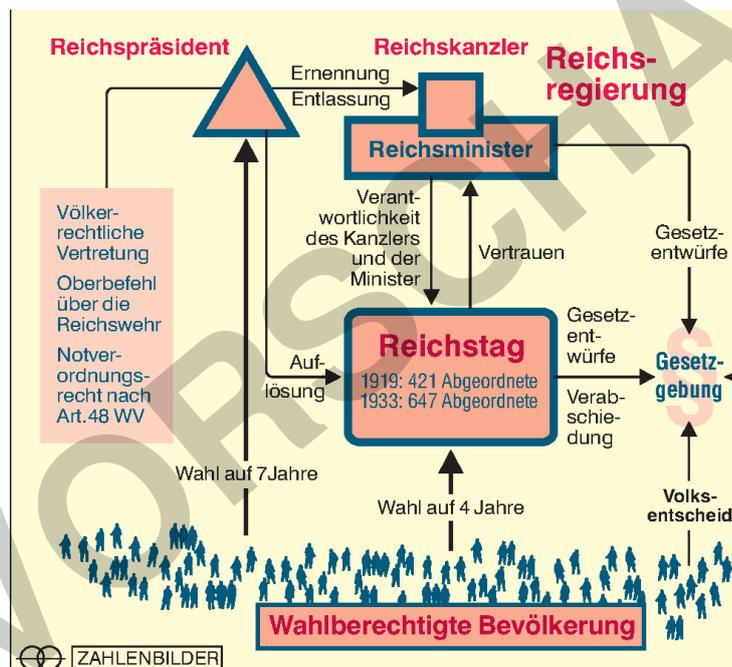
## Der Aufbau des Staates in der Weimarer Republik

Die Verfassung der Weimarer Republik bekannte sich zur Demokratie. Eine starke Stellung hatte in diesem System der Reichspräsident. Er war Oberbefehlshaber der Armee und konnte den Reichskanzler ernennen und entlassen. Er durfte auch den Reichstag auflösen, was zu Neuwahlen führte. Aufgrund dieser Machtbefugnisse wurde der Reichspräsident auch „Ersatzkaiser“ genannt.

### Aufgaben

1. Betrachte die Abbildung.
2. Benenne die Personen, die von den Wahlberechtigten gewählt werden.
3. Begründe, warum der Reichspräsident auch Ersatzkaiser genannt wurde.
4. Kreuze die beiden richtigen Aussagen an:
  - Die Reichsregierung formulierte Gesetzesentwürfe, über die der Reichstag abstimmte.
  - Der Reichstag konnte auch eigene Gesetzesentwürfe zur Abstimmung bringen.
  - Ein Gesetz kam zustande, wenn der Reichkanzler damit einverstanden war.

### Auszug aus dem Staatsaufbau der Weimarer Republik



Vereinfachte Darstellung des Staatsaufbaus

© Zahlenbilder

Mit neuen Gesetzen konnte die Reichsregierung ihre Aufgaben erfüllen und den Staat regieren. Ob ein Gesetz zustande kam (Verabschiedung), war erst einmal Aufgabe des Reichstages. Jedes neue Gesetz brauchte die Mehrheit der Stimmen der Abgeordneten.

Die Notverordnung (Art. 48) erlaubte es dem Reichspräsidenten, das ordentliche Gesetzgebungsverfahren aufzuheben und die Grundrechte vorübergehend außer Kraft zu setzen. Neue Gesetze wurden per Notverordnung erlassen, nicht vom Parlament beschlossen. Die Notverordnung trat in Kraft, wenn die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet waren.

## Warum gab es in der Weimarer Republik keine stabilen Regierungen?

M 4

In den Jahren der Weimarer Republik (1918–1933) wechselten die Regierungen oft. Es gab bis zur Ernennung Hitlers als Reichskanzler 20 unterschiedliche Regierungen. Der Reichstag musste in dieser Zeit achtmal neu gewählt werden.

### Aufgaben

1. Betrachte das Bild und das Diagramm. Lies die Texte aufmerksam durch.
2. Erläutere die schwierige Zusammenarbeit der Parteien im Sinne der Demokratie.
3. Begründe, warum 1932 eine demokratische Regierung nicht gebildet werden konnte.
4. Erkläre die Unzufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit den Präsidialkabinetten seit 1930.

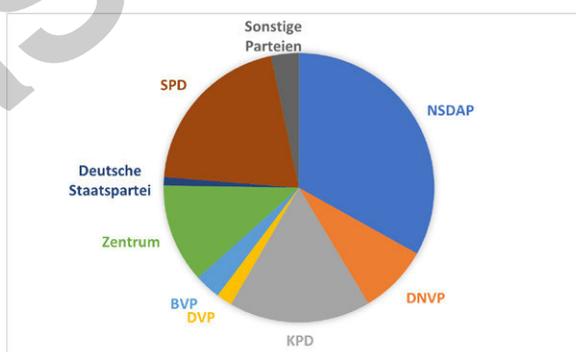
### Vielzahl an Parteien

Bis zu 14 Parteien waren im Reichstag vertreten. Um eine Mehrheit zu bilden und eine stabile Regierung zu unterstützen, mussten Parteien zusammenarbeiten und Kompromisse schließen. Viele Politiker hatten dies nie gelernt. Einige Parteien standen zur Demokratie (SPD, Zentrum, BVP, DDP, DVP). Andere lehnten die Demokratie grundsätzlich ab (KPD, DNVP, NSDAP).



### Zunahme der Demokratiefeinde

Demokratiefeindliche Parteien wurden immer stärker. Sie versprachen den Menschen einfache Lösungen für ihre Probleme. Bei der Reichstagswahl am 6.11.1932 erhielten demokratiefeindliche Parteien über 50 % der Wählerstimmen. Eine demokratische Regierung konnte nicht gebildet werden.



### Präsidialkabinette<sup>1</sup>

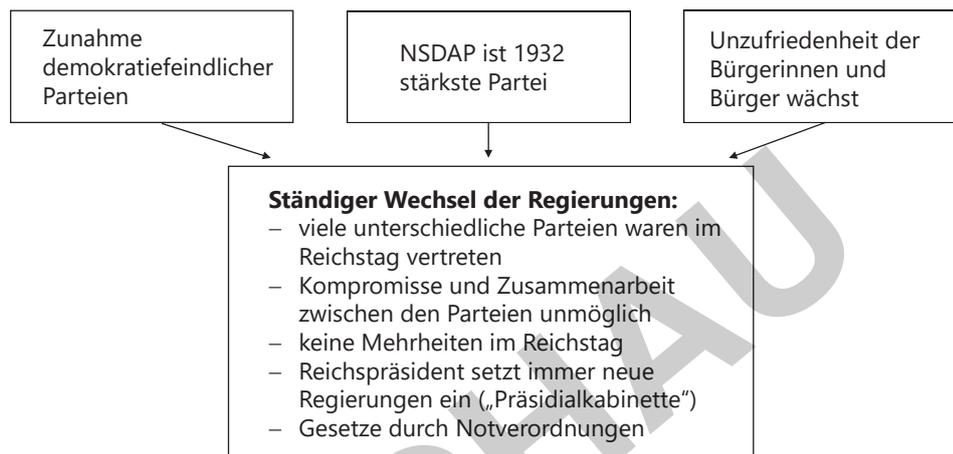
Seit 1930 gab es für eine Regierung keine Mehrheit mehr im Reichstag. Aufgrund seiner Machtbefugnisse setzte Reichspräsident Paul von Hindenburg mehrere Regierungen ein, die keine Unterstützung durch den Reichstag hatten. Gesetze unterschrieb er ohne Mitwirkung des Reichstages. Die Unzufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger wuchs. Hitler versprach eine stabile Regierung, sollte er Reichskanzler werden.

Bild: © Karl F. Schöfmann/imageBROKER/Süddeutsche Zeitung Photo; Quelle der Daten StJbDR, 1933, S. 539

<sup>1</sup> Präsidialkabinette = die Regierungen der Weimarer Republik nach 1930 bis zu Hitlers Ernennung zum Reichskanzler; sie konnten sich auf keine parlamentarische Mehrheit stützen und waren abhängig vom Reichspräsidenten.

**Aufgabe 4**

Ohne Unterstützung des Reichstages konnten Kabinette nur regieren, wenn der Reichspräsident sie einsetzte und deren Gesetze billigte (Präsidialkabinett). Eine Mitwirkung des Reichstages an der Regierung gab es deshalb nicht. Die Unzufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit diesem Vorgehen wuchs.

**Vorschlag für ein Tafelbild****Warum wurde Hitler am 30. Januar 1933 Reichskanzler?**

Hitler verspricht eine Lösung der Probleme und eine stabile Regierung, wenn er Reichskanzler wird. Der Reichspräsident ernennt ihn, weil er keine Alternativen sieht.

# M 10 Gruppe D

## Errichtung einer Diktatur: Das Ende der Pressefreiheit

Auf Grundlage des Ermächtigungsgesetzes konnte Hitler allein Entscheidungen treffen. Seine Maßnahmen und Gesetze verfolgten das Ziel, seine Macht zu sichern. Gegner und Kritiker wurden gezielt von der Polizei oder der SA verfolgt und verschleppt. Große Teile der Bevölkerung hatten Angst und fügten sich ihrem Schicksal.

### Aufgaben

1. Arbeitet zu dritt. Lest den Text aufmerksam durch und betrachtet die Abbildung.
2. Erstellt ein kurzes Lernplakat über das Ende der Pressefreiheit. Geht dabei auch auf die heutige Situation ein und erklärt einen hier verwendeten Fachbegriff.



### Ende der Pressfreiheit

Die Nationalsozialisten übernahmen die Kontrolle über die Zeitungen und nutzten diese als Instrument für die Propaganda<sup>1</sup> der NSDAP. Alle Zeitungen, die positiv über die SPD oder die KPD berichteten, wurden verboten.

Am 1. Januar 1934 trat das „Schriftleitergesetz“ in Kraft. Journalisten durften nur noch Texte veröffentlichen, wenn sie nicht jüdisch waren und als „politisch zuverlässig“ galten. Wer Kritik oder Protest gegenüber Hitler und dem Nationalsozialismus äußerte, erhielt Berufsverbot. Man geht davon aus, dass über 1300 Journalisten so ihre Arbeitsstelle verloren.

Von nun an veröffentlichten Journalisten Texte, die Hitler und den Nationalsozialismus ausnahmslos positiv sahen.

„Der Stürmer“ hetzte vor allem gegen die Juden

© Autorentext. Informationen aus: [www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/283118/ns-schriftleitergesetz](http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/283118/ns-schriftleitergesetz) (zuletzt abgerufen am 25.11.2021); Abbildung: © Interfoto



### Wusstest du schon, ...

dass heute Journalistinnen und Journalisten weitreichende Rechte zur Berichterstattung eingeräumt werden? Niemand darf deren Arbeit behindern oder einschränken. Die Quellen ihrer Informationen müssen sie nicht zwingend veröffentlichen.

<sup>1</sup> Propaganda = der Versuch, politische Meinungen zu formen und zu manipulieren

## M 14

## Wie wird unsere Demokratie heute geschützt?

Unsere heutige Verfassung ist das Grundgesetz, das seit Mai 1949 gilt. Viele Bestimmungen des Grundgesetzes haben etwas mit der nationalsozialistischen Diktatur aus der Zeit von 1933 bis 1945 zu tun. Das Grundgesetz soll garantieren, dass es in Deutschland niemals wieder eine Diktatur gibt.

### Aufgaben

1. Lies den Text aufmerksam durch.
2. Erläutere das oberste Ziel, das das Grundgesetz mit seinen Bestimmungen verfolgt.
3. Notiere stichpunktartig, wie die Regeln des Grundgesetzes unsere Demokratie schützen.

### Wie garantiert das Grundgesetz heute eine wehrhafte Demokratie?

1. Unser demokratischer Staat darf sich gegen seine Feinde wehren. Der Verfassungsschutz, der ähnlich wie ein Geheimdienst arbeitet, sammelt Informationen über demokratiefeindliche Parteien oder Organisationen. Diese legt er dem Bundesverfassungsgericht vor, das dann über ein Verbot dieser Gruppierungen entscheidet.
2. Vor ihrer Einstellung in den Staatsdienst müssen sich zukünftige Beamte (z. B. Richterinnen, Polizisten, Lehrerinnen, Soldaten) zu unserer Demokratie bekennen. Tun sie dies nicht, werden sie nicht eingestellt. Sind sie Mitglied einer verbotenen Gruppierung, werden sie sofort aus dem Staatsdienst entlassen.
3. Jeder Einzelne kann sich gegen Demokratiefeinde zur Wehr setzen. Regeln und Bestimmungen, die eindeutig undemokratisch sind, müssen eingehalten werden.
4. Die „Ewigkeitsklausel“ besagt, dass einige Bestimmungen, die im Grundgesetz festgelegt sind, niemals aufgehoben werden können. So können zum Beispiel Art. 1 und 20 des Grundgesetzes sowie die Gliederung des Bundes in Länder und die Mitwirkung der Länder an der Gesetzgebung nicht geändert werden.



Bild: © Charleen/Adobe Stock



#### Wusstest du schon, ...

dass in unserem Bundestag nur Parteien vertreten sein dürfen, die mehr als 5 % der Wählerstimmen errungen haben? Mit der sogenannten Fünf-Prozent-Hürde soll verhindert werden, dass zu viele Parteien in die Volksvertretung kommen. Das würde die Kompromissfindung erschweren. In der Weimarer Republik gab es bis zu 17 Parteien im Reichstag.